

Abonnement: für Berlin vierteljährlich 6 M 75 P, für das deutsche Reich und ganz Oesterreich 9 M incl. der Postbeförderungsgebühren. Bestellungen nehmen an die Expedition, W. (S), Mohrenstraße 59, und sämtliche Postanstalten.

National-Zeitung.

Inserate. — Die Preiskarte: Morgen-Ausgabe 4-gelapfen 40 A. Colonne resp. deren Theile 300 M u. f. w. Abend-Ausgabe 3-gelapfen 60 A. — Reflektur 3-gelapfen 1 M 50 A. — Colonne 450 M u. f. w.

Deutscher Reichstag.

5. Sitzung vom 9. März.

1 Uhr. Am Bundesrathstische: Reichskanzler Fürst Bismarck, v. Bismarck, v. Bülow, v. Bülow, v. Bülow.

Die Tagesordnung führt zunächst zur zweiten Beratung der Militär-Vorlage, § 1 lautet:

In Ausführung der Artikel 57, 59 und 60 der Reichsverfassung wird die Friedens-Präsenzstärke des Heeres an Mannschaften für die Zeit vom 1. April 1887 bis zum 31. März 1894 auf 468 409 Mann festgesetzt. Die Einjährig-Freiwilligen kommen auf die Friedens-Präsenzstärke nicht in Anrechnung.

Abg. Dr. Bamberger beantragte statt „31. März 1894“ zu setzen „31. März 1890“, also nur eine dreijährige Bewilligung einzutreten zu lassen.

Abg. Richter (fr.): zur Geschäftsordnung: Ich habe schon gestern gesagt, daß mir nicht gewillt sind, irgend welche Hindernisse der schnellen Erledigung der Militärvorlage in den Weg zu legen. Demgemäß habe ich gestern den Wunsch ausgesprochen, daß die Beratung und Beschlußfassung über die von uns eingebrachte Resolution über die Reichseinkommensteuer nach Erledigung der Militärvorlage bei der dritten Sitzung erfolgt. Ich bitte den Präsidenten, das festzusetzen.

Präsident v. Wedell erklärt, daß sich kein Widerspruch dagegen erhebt, daß er dem Wunsche Folge leisten werde, und eröffnet nunmehr die Diskussion über § 1 der Vorlage mit dem dazu gestellten Antrag Bamberger.

Abg. v. Frankenstein (Centrum): Im Namen der großen Mehrheit meiner politischen Freunde und in meinem eigenen Namen habe ich folgende Erklärung abgegeben: Auch nach nochmaliger eingehender Erwägung glauben wir bei der Beratung der vorliegenden Angelegenheit auf dem Standpunkt bestehen zu müssen, welchen wir bei der Beratung im vorigen Reichstag eingenommen haben und welcher in der Abstimmung vom 14. Januar seinen Ausdruck gefunden hat. Wir wollen einerseits die volle von den verbündeten Regierungen geforderte Friedenspräsenzstärke bewilligen, andererseits aber sich nicht mit der beantragten Bewilligung, sondern nur mit der auf eine kürzere als die vorgeschlagene Frist einverstanden. Wir halten es für selbstverständlich, daß, wenn nach Ablauf dieser Frist die Verhältnisse es erheischen, es notwendig ist, eine Verlängerung dieser Frist eintreten zu lassen. Bei der jetzigen veränderten parlamentarischen Lage, wo wir einer geschlossenen Majorität gegenüber stehen, ist uns die Möglichkeit genommen, diesen unseren Standpunkt zur vollen Geltung zu bringen. Ein Ablehnen der Vorlage könnte aber den Schein erwecken, als wollten wir die volle Friedenspräsenzstärke nicht bewilligen. Wir wollen sie bewilligt wissen; die unveränderte Annahme ist uns unmöglich, weil wir in der vorgeschlagenen Dauer der Bewilligung nach wie vor eine Gefährdung des verfassungsmäßigen Rechtes erblicken müssen. (Sehr wahr! im Centrum. Wo! rechts.) Unter diesen Umständen bleibt uns nur noch übrig, unter Abgabe dieser Erklärung uns an der formellen Abstimmung nicht zu betheiligen. (Aachen rechts.) Zu gleicher Zeit legen wir Verwahrung ein gegen alle Forderungen, welche aus der jetzt unter ganz außergewöhnlichen Verhältnissen stattfindenden Bewilligung der Frist in Zukunft gezogen werden könnten. Wir behalten uns vor, bei einer neuen zu bewilligenden Friedenspräsenzstärke wiederum für unsere verfassungsmäßigen Rechte nach unserer Auffassung einzutreten. In der ferneren Diskussion werden wir uns nicht weiter betheiligen, als es nicht Angelegenheiten gegenüber, die uns gemacht werden, notwendig sein könnte. (Beifall im Centrum.)

Abg. Dr. Bamberger (fr.): Mein verehrter Freund Herr v. Stauffenberg ist leider durch Krankheit verhindert, unsern wieder eingebrachten Antrag zu begründen. Nach den eingehenden Verhandlungen im vorigen Reichstag scheint es eigentlich nicht nötig zu sein, den Antrag noch ausführlich zu motivieren. Bei dem allgemeinen Wunsch, der im ganzen Hause herrscht, die gegenwärtigen Verhandlungen so kurz abzuschließen, wie nur möglich, will ich auch nicht auf alle Seiten der Vorlage eingehen, nur die Aeußerungen des Herrn Vorredners, die er als Vertreter einer Fraktion gemacht hat, die im vorigen Reichstag mit uns gestimmt hat, veranlassen uns, unsern von dieser Fraktion divergirenden Standpunkt in wenigen Worten zu erklären.

Wir sind gewillt, wie es in der Thronrede heißt, „schnell“ die Verhandlungen zu Ende zu führen; wir sind aber nicht gewillt, auf der verlangten „Einnützigkeit“ beizutragen. Wir bedauern, hierin anderen Sinnes sein zu müssen, als die kaiserliche Hofstadt, mit der unsere Verhandlungen eröffnet worden sind, auch als die Wähler, welche wir wir anerkennen, in der Mehrheit sich für das Septennat ausgesprochen haben. Was wir nicht anerkennen, ist nicht das Urtheil, welches die Wählerkraft abgegeben hat, sondern die Motive, welche zu diesem Urtheil geführt haben. Wir müssen uns allerdings diesem Urtheil beugen und uns begnügen, dem gegenüber unseren Standpunkt geltend zu machen. Wir weichen von den Wünschen des Centrums dahin ab, daß wir nicht zu einer Stimmenthaltung kommen. Wir sind durchdrungen von der Nichtigkeit unserer Anschauung, daß wir trotz der Anfeindungen, die wir erfahren haben, bei unserm Votum, welches wir in der vorigen Session abgegeben haben, anerkennend beharren, und wir sind besonders davon durchdrungen, weil wir glauben, daß es sich bei dem ganzen Streit in der Wahlperiode nur im vorigen Reichstag nicht darum handelt, ob das Reich durch ein Septennat oder durch ein Triennat dem Auslande gegenüber stärker gemacht werde gegen einen möglichen Krieg, sondern weil der ganze Streit in der Wahlperiode einfach der war, ob die Abstimmung für oder gegen das Septennat irgend einen Anschlag geben könnte für die Frage, ob es möglich ist, einen Angriff von außen zu verhindern. Wir glauben, daß es für einen Angriff, sei es von Westen oder von Osten, gleichgültig gewesen ist, ob der Reichstag der zwei Monaten auf sieben oder auf drei Jahre die Friedenspräsenzstärke festgesetzt hat, und wir glauben, daß wir uns an der Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Reiches nicht verunsichern, wenn wir bei unserer Entscheidung nach wie vor bleiben. Wir glauben, daß es sich um ganz andere Dinge bei der Anschließung gehandelt hat, die, wenn wir hoffen, der Friede erhalten bleibt, später zum Ausdruck kommen werden. Dann wird es sich zeigen, ob das, was Herr von Bismarck hier als nationale Mehrheit bezeichnet hat, den Wünschen der Wähler entspricht, die uns diesmal scheinend wegen des Septennats verlassen haben.

Man hat uns von Seiten mancher unserer Freunde vernommen, daß wir gerade, weil wir diesen Zustand anerkennen, uns der Nothwendigkeit hätten beugen sollen, daß wir uns, wenn wir den Ausdruck erlangen wollen, etwas kühn hätten stellen müssen, um andere Wüter zu retten, welche vielleicht sonst gefährdet würden. Das sieht sich ja vielleicht vom Schreibtisch oder Stammtisch aus sehr gut an, und kluge Leute haben uns den Vorwurf gemacht, daß wir nicht, um andere Dinge zu retten, dem Septennat angeklammert hätten. Wir waren indes der Ansicht, daß die Frage der Zukunft, die Mitbestimmung der Volkvertretung bei der überaus wichtigen Frage der großen Armeeaufrechterhaltung, nicht länger als drei Jahre aus Händen gegeben werden könne, daß sie so wichtig wäre, daß wir nicht jene wichtige Frage preisgeben dürfen, um andere Interessen, andere Gesichtspunkte zu labiren. Das ist auch heute noch unsere Ansicht, wir glauben auch heute noch, daß Ehre und Ansehen uns gebieten, diese Ansicht, daß die Mitbestimmung der Volkvertretung bei dieser wichtigen Frage nicht länger als drei Jahre hinausgeschoben werden darf, aufrecht zu erhalten. Wir glauben, daß die Einnützigkeit, die von

uns beim Septennat dem Auslande gegenüber verlangt wird, um so weniger möglich ist, als wir zur Mehrheit das Vertrauen haben, daß sie, wenn sie glaubt, daß diese Einnützigkeit das Wichtigste wäre, sie mit uns für die drei Jahre gestimmt hätte. (Aachen rechts.) Indem sie das nicht that, zeigte sie von selbst, daß die Einnützigkeit gleichgültig ist und daß der Friede so wie so erhalten bleibt. Deswegen werden wir uns nicht der Abstimmung enthalten, sondern nach wie vor für die drei Jahre stimmen und gegen das Gesetz, wenn es auf sieben Jahre bewilligt werden sollte. (Beifall links.)

Abg. Dr. Reichensperger (Centrum): Meine politischen Freunde stehen sämmtlich in vollem Eintritte auf demselben Standpunkte, welchen sie am 14. Januar eingenommen haben. Auch jetzt noch sind wir der Ansicht, daß durch die Bewilligung der erhöhten Friedenspräsenzstärke des Heeres in vollem Umfang und zwar für die Dauer von drei Jahren allen den Forderungen, welche für die Sicherheit des Reiches gestellt werden müssen, vollkommen Genüge geleistet worden wäre, wenn die Regierung ihr zugestimmt hätte. Das ist nicht der Fall gewesen, und es steht nunmehr fest, daß einerseits die verbündeten Regierungen bei ihrer Auffassung beharren, daß andererseits der Reichstag, wie er jetzt zusammengesetzt ist, die erhöhte Friedenspräsenzstärke des Heeres, welche von uns auf drei Jahre bewilligt war, auf sieben Jahre bewilligen wird. Die Wiederholung des von uns mit Hilfe unserer Fraktion am 14. Januar angenommenen Antrages erscheint zwecklos, und wir werden daher bei dem Antrag Bamberger und der Abstimmung enthalten. Dagegen glauben wir und einige meiner politischen Freunde unserer am 14. Januar ausgesprochenen Bereitwilligkeit zur Verstärkung des Heeres dadurch bestimmen und klaren Ausdruck verleihen zu sollen, daß wir nunmehr für die Gesetzesvorlage (Beifall rechts und bei den National-Liberalen) auch in unbedingter Zustimmung stimmen. Wir wollen der politischen Lage Rechnung tragen, ohne uns für die Zukunft zu binden.

Abg. von Helldorff (kon.): Die Aeußerungen der Vorredner nähigen mich, im Namen meiner Freunde kurz zu einigen Entgegnungen. Es ist von Seiten der Vertreter der Centrapartei und der Vertreter der freisinnigen Partei die Behauptung aufgestellt worden, daß sie für das verfassungsmäßige Recht eingetreten seien. Ich glaube, daß die Vorlage bezüglich der Festsetzung der Friedenspräsenzstärke mit dem verfassungsmäßigen Recht gar nichts zu thun hat. (Sehr wahr! rechts.) daß es sich vielmehr darum handelt, was jene Parteien als verfassungsmäßiges Recht für notwendig und für wünschenswerth halten. Wir können die Entscheidung für die Abstimmung, wie sie in der Wahl gewissermaßen durch das Volk getroffen worden ist, nicht so auffassen, als ob es sich um eine Entscheidung über die Möglichkeit der Bewilligung handelt. Wir haben es nicht daran fehlen lassen, die wahre Bedeutung dieser Abstimmung klarzulegen. Es handelte sich in dem Wahlkampfe darum, ob das Heer ein kaiserliches oder ein Parlamentärsheer sein soll. Bei der Bewilligung des Septennats wird das verfassungsmäßige Recht nicht angefaßt. Ich wundere mich fast, daß der Vertreter der freisinnigen Partei nicht ganz offen die jährliche Bewilligung verlangt. Wenn man dagegen die Haltung der Fortschrittspartei bei früheren Gelegenheiten betrachtet, so hat sie damals ihre Ziele offen ausgesprochen, während sie jetzt dieselben vor den Wählern verheimlicht. Wir werden auf dem Wege bleiben, daß wir diese Frage nicht als eine Frage der Möglichkeit des Moments betrachten, sondern als eine Frage, die über die schwersten Verfassungsfragen entscheidet.

Während dieser Rede hat der Reichskanzler Fürst Bismarck den Saal betreten.

Abg. Richter (fr.): Herr v. Helldorff hat gemeint, daß seine Partei, wenn sie für das Septennat stimme, auf dem Boden des verfassungsmäßigen Rechtes stehe. Aber wir unterseits verlangen die Anerkennung, daß wir, indem wir für das Triennat stimmen, auch auf dem Boden der Verfassung stehen. Die Verfassung entscheidet nicht darüber, ob die Friedenspräsenzstärke auf drei oder auf sieben Jahre festgesetzt wird. Sie verlangt nur, daß sie durch das Gesetz festgelegt werden soll. Ebenso wie man früher das Panthontium auf zwei und vier Jahre bewilligt hat, ebenso hat es im Willen der Mehrheit gestanden, ob sie für drei oder sieben Jahre die Entscheidung treffen will. Der Vorredner hatte keine Veranlassung, sich darüber zu wundern, daß wir nicht die einjährige Festsetzung verlangt haben, denn es konnte ihm bekannt sein, daß wir nach unserem Parteiprogramm die Festsetzung der Friedenspräsenzstärke für die Dauer der Legislaturperiode als entscheidend und richtig erachten. Eher könnte ich mich darüber wundern, daß während er sich in der ersten Beratung für das Triennat ausgesprochen hat, er jetzt das Septennat als das Entscheidende hingestellt hat. Er sagt, es handelt sich darum, ob ein kaiserliches oder ein Parlamentärsheer bestehen soll. Ob in 21 Jahren dreimal oder siebenmal der Reichstag an der Entscheidung über die Friedenspräsenzstärke theilnimmt, das ist nicht entfernt entscheidend, dem Heere diesen Charakter zu geben. Der Gegenstand ist künstlich aufgebauscht worden bei den Wahlen. Die Frage, ob kaiserliches oder parlamentarisches Heer, ist bei den Wahlen mehr und mehr verschwunden; eine Frage hat dabei nur gespielt die Vorstellung bei den Wählern, als ob durch die Entscheidung über diese Frage auch die über Krieg oder Frieden zur Entscheidung gebracht werde. Die Täuschung darüber hat das Wahleresultat herbeigeführt. (Wo! rechts.) Die Mehrheit des Reichstages ist ein Anglistprodukt der Wähler! (Anhaltende Unruhe.)

Da sich Niemand mehr zum Worte meldet, so ist die Debatte geschlossen.

Es folgt die namentliche Abstimmung über den Antrag Bamberger. Derselbe wird mit 222 gegen 23 Stimmen abgelehnt; 88 Abgeordnete enthalten sich der Abstimmung. Die Majorität setzt sich zusammen aus den beiden konservativen Fraktionen, den National-Liberalen und Sozialdemokraten, die Deutsch-Freisinnigen stimmen allein mit ja, die Mitglieder des Centrums und die Welfen enthalten sich der Abstimmung, Polen und Elsaß-Lotharinger sind während derselben mit Ausnahme des Abg. Guerber, der seine Stimmenthaltung erklärt, im Saale nicht anwesend.

Hierauf wird auch über § 1 der Regierungsvorlage (Septennat) mit Namensaufruf abgestimmt und zwar wird derselbe mit 223 gegen 48 Stimmen angenommen. 83 Abgeordnete enthalten sich der Stimmenthaltung. Vom Centrum, welches sich wiederum in der Mehrzahl der Abstimmung enthält, stimmen folgende sieben Abgeordnete mit der Majorität: Graf Adolph v. Adelmannsfelden, Frhr. v. Buol-Berenberg, Dr. Diendorfer, Frhr. v. Landsberg, Steinfurt, Bender, Graf v. Preßing (Straubing) und Dr. Reichensperger. Mit Nein stimmen außer den Deutsch-Freisinnigen die Sozial-Demokraten, Elsaß-Lotharinger und der Abg. Langwerth v. Simmern. Die Polen betheiligen sich wiederum nicht an der Abstimmung. — § 1 ist demnach in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen.

§ 2 lautet:

Vom 1. April 1887 ab werden die Infanterie in 534 Bataillone, die Kavallerie in 465 Eskadrons, die Feld-Artillerie in 364 Batterien, die Fuß-Artillerie in 31, die Pioniere in 19 und der Train in 18 Bataillone formirt.

Eine Debatte findet nicht statt.

Die Abstimmung ist wieder eine namentliche. In derselben wird § 2 mit 217 gegen 20 Stimmen angenommen; 83 Mitglieder enthalten sich der Abstimmung. Derselbe stimmt auch die deutsch-freisinnige Fraktion mit ja; im übrigen bleibt der Modus der Stimmenthaltung derselbe wie bei § 1.

Während dieser Abstimmung hat der Reichskanzler Fürst Bismarck das Haus verlassen.

Der Rest des Gesetzes wird ohne Debatte angenommen. Es folgt die erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend einige auf die Marine bezügliche Abänderungen und Ergänzungen des Gesetzes vom 27. Juni 1871 über die Pensionierung und Versorgung der Militärpersonen.

Obg. der Admiralität von Caprivi: Der vorliegende Gesetzesentwurf bewirkt eine Erweiterung der Wohlthaten, welche das Militärpensionsgesetz der Marine gewährt hat, nach drei Richtungen hin. Einmal für diejenigen Angehörigen der Marine, die der Dienst in auswärtigen Gewässern führt, dann für diejenigen, die im kaiserlichen Dienst in fremden Welttheilen am Lande verwendet werden, und drittens für die Schiffsjungen.

Als das jetzt in Kraft stehende Militärpensionsgesetz erlassen wurde, da waren die Bedürfnisse der ersten ostantischen Expedition noch frisch. Seitdem haben sich die Verhältnisse geändert. Der Wirkungskreis der Marine ist größer und ihre Thätigkeit eine bewegtere geworden. Die Wohlthaten, die man damals den Theilnehmern der ostantischen Expedition zugesprochen hat, können nach dem Dafurbolten der verbündeten Regierungen jetzt auch anderen zu, die dienstlich verpflichtet sind, in anderen Welttheilen längere Zeit zu navigiren. In den ersten Jahren der Marine wurden die Schiffe fast immer nur auf zwei bis drei Jahre in Dienst gestellt und es waren, abgesehen von der Ausbildung der Mannschaften, nur geringe Leistungen von ihnen zu erwarten. Meist handelte es sich nur um das sogenannte Flaggenzeigen; man fuhr hier- und dahin und zeigte die Flagge. Der Kommandant war nicht verpflichtet, in Bezug auf die Zeit. Wurde ihm in einem Hafen die Befehlskraft, so ging er anderswohin; er ging in See, wenn der Gesundheitszustand der Mannschaft an der Küste zu wünschen übrig ließ. Das hat sich geändert. Jetzt werden die Schiffe ungleich länger gebraucht. Der politische Dienst schreibt ihnen bestimmte Aufgaben vor, und während ein Theil der Schiffsmannschaft dadurch in Bezug auf seine Gesundheit gewissen Gefährdungen ausgesetzt ist durch den häufigen Klimawechsel (bisweilen vom Sommer in den Winter zurück), wird der andere Theil dadurch Gefahren ausgesetzt, daß er in einem ungesunden Klima an der ost- oder westafrikanischen Küste oder in Australien lange Zeit stationirt ist. Es liegt nach der Ansicht der verbündeten Regierungen ein Bedürfnis vor, die Wohlthaten des § 50 des Militärpensionsgesetzes auf alle hier Betheiligten auszuweiten.

Was den zweiten Punkt betrifft, so liegt die Nothwendigkeit auf der Hand. Was jetzt sind es nur wenige Militärpersonen, welche in fremden Welttheilen zum Landdienst verwendet werden, und es ist nur billig, daß sie dieselben Wohlthaten genießen, wie die dort befindlichen Civilbeamten.

Was die Gewährung von Invalidenbenefizien an die Schiffsjungen betrifft, so sind dieselben vor dem Gesetz bisher in allen Richtungen als Böhlinge behandelt worden, nicht als Soldaten. Es ist auch erforderlich und wünschenswerth, daß es so bleibt, namentlich den Strafgesehen gegenüber. Es sind lauter junge Leute, die als Knaben eintreten, deren Sünden und Vergehungen oft etwas Kindliches haben, und die nach der ganzen Strenge des Militärstrafgesetzbuches zu behandeln unzulässig sein würde. Wenn sie bisher auch in Bezug auf Invalidisirung nicht als Soldaten behandelt worden sind, so wünscht das Gesetz dem abzuhelfen. Es kommt im Durchschnitt in jedem Jahre einmal der Fall vor, wo ein Schiffsjunge im Dienst eine Verwundung erleidet, sei es dadurch, daß er aus der Takelage fällt, oder sei es, daß er beim Geschützgeräusche geflemt wird und so Verletzungen erleidet, die ihn unfähig machen, fort zu dienen. Es ist nun eine Härte, wenn ein Schiffsjunge entlassen wird, ohne Anspruch auf irgend ein Benefizium, und eine um so größere Härte, wenn man den Schiffsjungen mit den vierjährigen Freiwilligen vergleicht. Die Schiffsjungen treten gewöhnlich im Alter von 14 bis 16 Jahren ein und werden in drei Jahren Matrosen. Freiwillige nehmen wir schon von 17 bis 18 Jahren an, also in demselben Alter, in dem ältere Schiffsjungen stehen; der vierjährige Freiwillige bekommt Benefizien, wenn er aus der Takelage fällt, der Schiffsjunge keine. Wenn man weiter auf diese Verhältnisse im Kriegsfalle nicht ohne Noth zu exponiren, so läßt es sich doch gar nicht verhindern, daß sie auf dem Schiff, wo sie gerade sind, wenn morgen Krieg ausbricht, sich ihrer Haut wehren müssen und zum Geschehe kommen. Es wäre eine schreiende Ungerechtigkeit, ihnen nicht das zu gewähren, was man Anderen gewährt. In Bezug auf den finanziellen Effekt wird das Gesetz nur eine unbedeutende Wirkung haben. Wenn die im Etatsjahre 1885/86 pensionirten Militärpersonen, auf die der § 50 des früheren Gesetzes Anwendung findet, nach dem neuen Gesetz pensionirt würden, so würde der Mehrbetrag der einjährigen Pensionen sich nur auf 1229 Mk. belaufen. Wenn zweitens derjenige Offizier, der sich zur Zeit in Kamerun befindet, der also den Vortrücken des auswärtigen Amtes gleichgestellt werden soll, — was möglicherweise nicht der Fall ist — in diesem Jahre Invalide würde und das Gesetz auf ihn angewendet würde, so würde das einen Mehrbetrag von 35 Mk. 50 Pf. ergeben. Bei den Schiffsjungen endlich kommt durchschnittlich in jedem Jahre ein einziger Fall vor. Es handelt sich also um die Invalidisirung von nur einem Mann durchschnittlich in der Marine. Ich bitte Sie deshalb, Ihre Wohlthaten für die Marine dadurch zu zeigen, daß Sie das Gesetz annehmen. (Beifall.)

Damit ist die erste Beratung erledigt. Eine Kommissionsberatung wird nicht beschloffen. Die zweite Lesung wird daher im Plenum stattfinden.

Es folgt die erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betr. die Fürsorge für die Wittwen und Waisen von Angehörigen des Reichsheeres und der kaiserlichen Marine.

Kriegsminister von Bismarck: Bei der früheren wiederholten Vorlage dieses Gesetzesentwurfs ist ein Punkt freilich geblieben, nämlich die Heranziehung gewisser Klassen der Offiziere und Beamten, welche bei ihrer Verheirathung an den Nachweis eines bestimmten Privateinkommens gebunden sind. Die verbündeten Regierungen geben von der Auffassung aus, daß, da diesen Offizieren im Falle der Verheirathung eine bestimmte Last auferlegt werde, sie nicht gleich behandelt werden dürfen mit allen anderen Kategorien, welche in der freien Erbschließung nicht behindert sind. Dazu kam noch, daß die Gehälter dieser Offiziersklasse ihrer gesellschaftlichen Stellung gegenüber nur so bemessen sind, daß ein neuer Abzug ihnen nicht gut aufgelegt werden konnte. Der Reichstag hat in den früheren Sessionen auf dieser Ansicht der verbündeten Regierungen Anstoß genommen, und in Folge dessen ist das Gesetz nicht zum Abschluß gelangt. Die verbündeten Regierungen haben sich nun entschlossen, in einer Bescheidung dem Reichstag entgegenzukommen, insofern sie die arbeitsfähige Befreiung dieser Offiziersklasse von Reklutenbeiträgen aufgeben haben, dagegen gegenüber der faktischen Unmöglichkeit, diese Offiziersklasse bei der jetzigen Gehaltsstufe mit Beiträgen zu belasten, daran festhalten, sie wenigstens bis zur Aufbesserung der Gehälter theilhaftig von der Beitragspflicht frei zu lassen. Ich bin in Privatgesprächen darauf aufmerksam gemacht worden, was denn das Wort in § 4 der Vorlage heißen sollte, wo es heißt: „Die Beiträge sollen bis nach erfolgter entsprechender Erhöhung der Gehälter nicht erhoben werden.“ Das ist so gedacht, daß, sobald eine Erhöhung der Gehälter eintritt, welche den vorgeschriebenen Beitrag zu den Rekluten erreicht, die vollen Beiträge zu den Rekluten gezahlt werden. Ich glaube, das ist eine Forderung, der Sie zustimmen können. Der Grundgedanke der Beitragspflicht ist festgehalten und nur ein Uebergangsstadium, über dessen Länge allerdings jetzt eine bestimmte Auskunft nicht gegeben werden kann, jedenfalls aber ein Uebergangsstadium festgestellt, wonach die Offiziere, wenn sie nicht in ihrem Gehalt erhöht werden, von ihrer

